Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 22 (2002)
Heft: 42

Artikel: Globale Gerechtigkeit - die Herausforderung für Gewerkschaften
Autor: Schäppi, Hans / Sekinger, Urs
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652147

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Schäppi / Urs Sekinger

Globale Gerechtigkeit – die Herausforderung für Gewerkschaften

Folgerungen nach Porto Alegre

Die Durchsetzung von „Gerechtigkeit" ist für den portugiesischen Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger José Samarago das zentrale Anliegen menschlicher Entwicklung. Es geht nicht um eine formaljuristische, sondern um „Gerechtigkeit, in der sich, als unverzichtbarer moralischer Imperativ, die Achtung vor dem Recht auf Leben aller Menschen zeigt."[1] Die Forderung nach solcher Gerechtigkeit – weltweit – zog sich wie ein roter Faden durch das zweite Weltsozialforum (WSF) von Ende Januar 2002 in Porto Alegre (Brasilien). Verschiedenste soziale Bewegungen, Frauenorganisationen, Indígenas, Arbeitslosen, Jugendlichen, Pensionierten oder Kleinbauern aus allen Erdteilen mobilisieren seit langem für dieses Ziel. Wo aber stehen die Gewerkschaften? Zwar fanden in diesem Jahr viel mehr Gewerkschaftsdelegierte – wie wir selber – den Weg nach Porto Alegre, aber sind sie deshalb schon Teil der Anti-Globalisierungsbewegung? Oder trifft für sie die bitterböse Einschätzung von Samarago zu: „Der gezähmte und bürokratisierte Syndikalismus, oder was davon noch übrig ist, trägt, ob bewusst oder unbewusst, die Verantwortung für den sozialen Dämmerzustand, der den derzeitigen Prozess wirtschaftlicher Globalisierung begleitet."[2]

Porto Alegre hat in dieser Hinsicht gezeigt, dass von *den* Gewerkschaften nicht gesprochen werden kann, sondern deren jeweilige Politik differenziert betrachtet werden muss. Hinsichtlich der Globalisierungskritik bestanden keine grossen Differenzen zwischen den anwesenden Gewerkschaften aus den Industrieländern und jenen aus den Schwellen- oder Entwicklungsländern. Letztere sind hinsichtlich der Aktionsfelder und der Offenheit für breite Mobilisierungen jedoch deutlich weiter fortgeschritten als etwa die europäischen. Porto Alegre konnte somit auch Lernfeld für den Kampf um globale Gerechtigkeit sein. Es war ein idealer Ort des „globalen" Austausches von Erfahrungen, Analysen und Ideen, um Impulse und Perspektiven für die „lokale" Arbeit zu gewinnen. Das brutale Gesicht des neoliberalen Kapitalismus, das sich vor allem in südlichen Ländern zeigt, muss konsequenterweise zu einem radikalen Überdenken bisheriger Positionen in den Gewerkschaften führen.

Die Haltung zur WTO muss revidiert werden

Die Auswirkungen des *WTO-Abkommens über die Landwirtschaft* von 1994 auf die Länder des Südens werden bei uns unterschätzt. Die USA, Japan und Europa haben sich damit die Möglichkeit gesichert, ihre Landwirtschaft weiterhin zu schützen, während sie von den Dritt-Weltländern eine völlige Liberalisierung verlangen. Samir Amin (Senegal) wies darauf

hin, dass durch die zunehmenden Exporte von industriell produzierten Grundnahrungsmitteln aus dem Norden in die südlichen Länder, die dortigen kleinbäuerlichen Produktionsstrukturen zerstört werden. Rund 3 Milliarden Menschen, die Hälfte der Weltbevölkerung, leben aber vom lokalen Erwerb als Kleinbauernfamilien. Die Folgen dieser Entwicklung sind absehbar: Verarmung, Landflucht, Hunger, soziale Konflikte.

In Artikel 7 des *TRIPS-Abkommens* über geistiges Eigentum wird festgehalten, der Zweck des Patentschutzes bestehe in der rascheren Verbreitung von Wissen und Technologie. Für die Länder des Südens ist dies zynische Theorie: 97 Prozent der Patente befinden sich in den Händen der Multinationalen Konzerne. Der Patentschutz monopolisiert Erfindungen und Technologien bei den Multis, begrenzt die Konkurrenz und verteuert damit Waren und Dienstleistungen. Gerade die Länder des Südens wären aber für ihre ökonomische Entwicklung auf den Export von Technologie und Know-how angewiesen. Besonders gravierende Auswirkungen hat der Patentschutz im Gesundheitsbereich: Täglich sterben in der Dritten Welt Zehntausende von Menschen, die Hälfte davon Kinder, weil sie sich die durchaus vorhandenen Medikamente nicht leisten können. Zur Durchsetzung einer kostengünstigen Gesundheitsversorgung in der Dritten Welt braucht es Kampagnen und Aktionen in diesen Ländern, in denen die Regeln des TRIPS-Abkommens verletzt werden. Sie müssen von den Gewerkschaften unterstützt werden, denn ohne solche Regelverletzungen kann, wie die Beispiele Brasilien und Südafrika[3] zeigen, in einer undemokratischen Organisation wie der WTO eine Revision der Übereinkommen zugunsten der Schwächeren nicht durchgesetzt werden. Ausserdem darf es keine Patentierung von Leben geben.

Das *GATS-Abkommen* hat auch in Europa und in der Schweiz zu einer kritischeren Einschätzung der WTO geführt, weil es den Weg zur *Privatisierung des Service public* öffnet.[4] Für viele Entwicklungsländer ist dies bereits Realität. Nicht mehr die *Bedürfnisse* der Menschen im Gesundheitswesen, in der Ausbildung, der Elektrizitäts- und Wasserversorgung und der Verkehrsinfrastruktur sind bestimmend, sondern die Gewinne der Multis, die sich diese Bereiche angeeignet haben. Besonders gravierend sind die Auswirkungen der Privatisierung des Schul- und Gesundheitswesens. In Simbabwe hat sich zum Beispiel die Mortalität der Frauen bei Geburten innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Und selbst im ehemals reichen Argentinien sterben heute immer mehr Menschen, weil sie die Medikamente nicht mehr bezahlen können. Weltweit muss dem Grundrecht auf Gesundheit und auf Ausbildung für alle zum Durchbruch verholfen werden.

Wohin die Privatisierung des Wassers führt, kann ebenfalls an der Entwicklung in vielen südlichen Ländern aufgezeigt werden. WTO, IWF und Weltbank ebnen mit ihrer Politik den Weg für die Privatisierung. Danach kontrollieren multinationale Konzerne (z.B. Vivendi) den Wasserhaushalt, sie vermarkten das Wasser (Coca Cola, Nestlé, Danone) und übernehmen zunehmend vom Staat das Management der Wasserversorgung.[5] Wasser darf aber nicht zum Handelsgut werden, zumal es in vielen

Regionen zum knappen Gut wird. Der Anspruch auf einen genügenden Anteil an sauberem Wasser für alle muss als Menschenrecht durchgesetzt werden. Wo Wasser privatisiert wurde, muss dieses wieder verstaatlicht werden.

In vielen Entwicklungsländern werden die *Arbeitsrechte* missachtet und es herrschen katastrophale Arbeitsbedingungen; hingegen sind die Produkte auf hiesigen Märkten sehr günstig zu haben. Die Gewerkschaften in Europa und im europäisch dominierten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) fordern deshalb, dass *Sozialklauseln*[6] *in internationalen Handeslverträgen* im Rahmen der WTO verankert werden müssten. Innergewerkschaftlich ist diese Forderung umstritten und wird vor allem von Gewerkschaften und Organisationen aus dem Süden in Frage gestellt. Das heisst nicht, dass nicht in allen Ländern Grund- und Gewerkschaftsrechte durchgesetzt werden müssen. Wenn eine solche Forderung – wie geschehen – aber isoliert erhoben wird, ohne dass sie mit Entwicklungskonzepten für diese Länder verknüpft ist, wird sie zur protektionistischen Forderung. Gewerkschaften und soziale Organisationen aus dem Süden befürchten, dass unter dem Deckmantel der Menschenrechte die Produktion im Norden gegen Produkte aus dem Süden abgeschottet werden könnte. Dies umso mehr, als auch die USA zu den Befürwortern von Sozialklauseln in Handelsverträgen gehören.

Die GewerkschafterInnen aus dem Süden lehnen es auch ab, dass gerade die undemokratische, intransparente und von neoliberalen Dogmen dominierte WTO zur Schutzherrin für die Arbeitsrechte erhoben werden soll. Ausserdem geben sie zu bedenken, dass in der WTO nur Regierungsvertreter sitzen und die fügen sich gegenseitig ungern Schaden zu. Demgegenüber müssten Kontrolle und Durchsetzung der Arbeits- und Gewerkschaftsrechte bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), in der auch die Gewerkschaften selber vertreten sind, angesiedelt werden. Diese müsste allerdings gestärkt werden und die Möglichkeit von Sanktionen bei Verletzungen von Abkommen erhalten.

Was die WTO allgemein betrifft, werden die nächsten beiden Jahre entscheidend sein. Das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI), das vor drei Jahren im Rahmen der OECD hätte verwirklicht werden sollen, von einer weltweiten Protestbewegung aber gestoppt werden konnte, soll nun im Rahmen einer neuen Verhandlungsrunde in der WTO festgeschrieben werden. Hier sind die Gewerkschaften erneut gefordert: es gilt nochmals den „Freipass für Multis" zu verhindern. Das seit sieben Jahren bestehende nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, in dem ein solches Investitionsschutzabkommen integriert ist, zeigt, wie sich multinationale Unternehmen mit Klagen gegen Staaten schamlos bereichern und gleichzeitig demokratische Strukturen aushebeln.[7] Dieser „Freihandel" soll nun mit dem amerikanischen Freihandelsabkommen FTAA oder ALCA auf den ganzen amerikanischen Kontinent ausgedehnt werden.

Die Macht der WTO muss durch die Einschränkung ihres Zuständigkeitsbereiches[8] und eine tiefgreifende Demokratisierung zurückgestuft

werden. Hierzu müssen die Gewerkschaften auf nationaler (Regierungsvertreter entscheiden in der WTO) und europäischer Ebene aktiv werden.

Neue Wirtschaftspolitik – und neuer gewerkschaftlicher Internationalismus

Der gemeinsame Nenner der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der NGO, welche am WSF teilgenommen haben, ist die Ablehnung der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese hat die weltweiten Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. So hat sich die Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren auf 200 Millionen verdoppelt, wie ILO-Direktor Juan Somavía ausführte. Das Beispiel Argentinien zeigt, wie eine ganze Volkswirtschaft neoliberal zugrunde gerichtet werden kann.[9]

Eine gemeinsame Front gegen den Neoliberalismus ist nötig, kann aber nur aufgebaut werden, wenn die Gewerkschaften bereit sind, ihre eigenen wirtschaftspolitischen Positionen, insbesondere zur „Standortpolitik", zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Wachstum allgemein, selbstkritisch zu überdenken. Die EU-Regierungschefs haben an ihrem Gipfel in Lissabon beschlossen, den EU-Raum zum konkurrenzfähigsten Wirtschaftssystem weltweit auszubauen. Diese Position wurde vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Sie widerspricht aber dem Anspruch der Gewerkschaften nach internationaler Solidarität, denn Standortwettbewerb und Konkurrenzmacht des Nordens zerstören Wirtschaftsstrukturen im Süden und setzen die Arbeiterinnen und Arbeiter einzelner Länder und Regionen zueinander in Konkurrenz. Demgegenüber müssen sich die Gewerkschaften auf den *Internationalismus* zurückbesinnen, als Grundlage einer erneuerten Gewerkschafts*bewegung* in einer breiten Front gegen den Neoliberalismus.[10]

In den Diskussionen in Porto Alegre fiel auf, dass es in Lateinamerika zwischen den erneuerten Gewerkschaften wie der CUT-Brasilien (Central Unica dos Trabalhadores) oder der argentinischen CTA (Central de Trabajadores Argentinos) und den sozialen Bewegungen weniger inhaltliche Differenzen und eine breitere Zusammenarbeit gibt als etwa in Europa. Dies liegt daran, dass sich diese Gewerkschaften selbst als soziale Bewegung verstehen, sie konnten gar nicht anders. Ein argentinischer Gewerkschafter formulierte es so: Der formelle Arbeitssektor kann nicht mehr einziger Ort der gewerkschaftlichen Organisation sein, wenn nur noch ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung überhaupt einen festen Arbeitsvertrag hat und wenn die Hälfte der Bevölkerung in Armut lebt. Nicht nur die Lohnhöhe, sondern erst recht die Frage, ob jemand überhaupt ein Einkommen hat, steht mit dem globalen Wirtschaftssystem in direktem Zusammenhang. Deshalb kommen heute Betriebsgewerkschaften, Arbeitslosenkomitees, Wohnungssuchende, Rentnerinnen und Pensionäre, Organisationen von Strassenkindern oder Landlose und Kleinbauern in diesen beiden Gewerkschaftsdachverbänden zusammen.

Weltweit sind die traditionellen Gewerkschaften oft mit dem Staatsapparat verflochten, in die Korruption verwickelt oder über verschiedene Me-

chanismen von den Machtträgern kooptiert. Die erneuerten Gewerkschaften dagegen sind unabhängig und stark politisiert – nur schon deshalb, weil sie keinen Parteien vertrauen und die politischen Fragen somit nicht delegieren können.

Einigkeit bestand in Porto Alegre darüber, dass nur eine breite Front gegen den Neoliberalismus aufgebaut werden kann, wenn Gewerkschaften und soziale Bewegungen auf der Basis von Gleichberechtigung zusammenarbeiten. Dazu gehören gemeinsame Ziele, aber auch die Anerkennung von Eigenständigkeiten und Differenzen und damit der Abbau von gegenseitigem Misstrauen. Die Mexikanerin Maria Ester Ceceña erinnerte in diesem Zusammenhang an das Prinzip der Zapatisten, dass man ein Stück des Weges gemeinsam gehen müsse, um zu sehen, wo die Gemeinsamkeiten liegen. Rafael von der CUT-Brasil verwies auf einen bereits zwanzigjährigen gemeinsamen Weg zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Brasilien. Sie hätten zu einem Pragmatismus gefunden, der meist auf einem weitgefassten gemeinsamen Nenner beruhe. Statt gegenseitige Vorwürfe – Gewerkschaften sind korporatistisch und hierarchisch, NGO dafür nicht repräsentativ – seien gegenseitiges Verständnis und Toleranz gefragt. Nicht akzeptiert werden könne jegliche Form von Instrumentalisierung, etwa auch durch militante Gruppen.

Damit war der G8-Gipfel vom vergangenen Sommer in Genua angesprochen. Eine der OrganisatorInnen berichtete von der breiten Mobilisierung mit gewaltfreien Protesten. Dass aber eine kleine Gruppe von Neofaschisten, infiltriert von zahlreichen Polizeiagenten, jenen Vorwand schuf, der den Polizeikräften das äusserst brutale Vorgehen gegen die Demonstrierenden ermöglichte und das Leben von Carlo Giuliani foderte, steht fest. Im Vorfeld von Genua hatte die Diskussion um die Gewalt die Bewegung gespalten und dazu geführt, dass die grossen italienischen Gewerkschaftsverbände – mit Ausnahme der Metaller FIOM und COBAS – den Protesten in Genua fernblieben.[11]

Elemente und Einschätzungen der Antiglobalisierungsbewegung

Verschiedene Veranstaltungen haben sich mit der Einschätzung und Charakteristik der Antiglobalisierungsbewegung auseinandergesetzt. Die „neuen" sozialen Bewegungen unterscheiden sich von den „traditionellen" Bewegungen, seien sie sozialer oder nationaler, d.h. antikolonialistischer Ausrichtung. Für den Historiker Immanuel Wallerstein liegt die Zäsur in den sechziger Jahren. Traditionelle Bewegungen sind, wie die Parteien, auf Machteroberung und -erhaltung fixiert, entwickeln entsprechende Strukturen und verschieben die Frage der Gesellschaftsveränderung auf den „Tag danach". Das Problem dieser traditionellen Bewegungen besteht nach Wallerstein darin, dass die Macht nicht an einem Ort, im Staat, konzentriert, sondern in allen gesellschaftlichen Strukturen wirksam ist. Macht kann deshalb nicht einfach erobert, sondern Gegenmacht muss in allen gesellschaftlichen Strukturen aufgebaut und entwickelt werden. In der heutigen

Situation, gekennzeichnet durch die politisch-militärische Hegemonie der Rechten, ist das Ziel der neuen sozialen und Antiglobalisierungsbewegungen deshalb nicht die Eroberung der Macht, sondern der Aufbau einer breit abgestützten Gegenmacht zum Neoliberalismus in seinen reaktionären (Thatcher, Reagan, Bush, Berlusconi u.a.) oder „sozialdemokratischen" Varianten (Clinton, Blair, Schröder/Fischer). Damit hängt auch das Potential, die thematische Breite der Bewegung zusammen.

Wichtige Merkmale der neuen Bewegungen sind ihr offener, unbürokratischer und demokratischer Aufbau und die konsequente Ablehnung jedes Autoritarismus. Im Unterschied zu traditionellen Organisationen will die Bewegung unabhängig bleiben. Gleichwohl muss eine Bündnispolitik angestrebt werden. Ein wichtiger Unterschied der „Antiglobalisierungsbewegung" zu den Bewegungen der sechziger Jahre liegt darin, dass sie nicht nur im lokalen und nationalen Rahmen operieren, sondern sich konsequent international vernetzen. In jüngster Zeit sieht sie sich deshalb schnell mit dem „Terrorismusverdacht" konfrontiert.

Der „Terrorismus" und der „Krieg gegen den Terrorismus" waren durchgehend Thema am WSF. Die Teilnehmenden aus dem amerikanischen Kontinent waren dafür speziell sensibilisiert, denn der „Krieg gegen den Terrorismus" hat in Lateinamerika zwei Vorläufer namens „Plan Condor" in den siebziger Jahren und neuerdings der „Krieg gegen Drogen" (Kolumbien). Diese Militärstrategien haben in den letzten Jahren Hunderte von Millionen Dollar verschlungen und nicht eines der anstehenden Probleme (z.B. die Landreform) gelöst. Im Gegenteil, sie haben die Gewaltsituation permanent verschärft und Tausenden von GewerkschafterInnen und AktivistInnen von sozialen Bewegungen und NGO das Leben gekostet. Gerade Argentinien erinnert sich in der aktuellen schwierigen Zeit an die 30'000 Menschen, die während der Militärdiktatur verschwunden und ermordet worden sind.

So wird auch der „Krieg gegen den Terrorismus" die grundlegenden ökonomischen und sozialen Probleme nicht lösen. Das Scheitern der neoliberalen Politik in Argentinien macht dies deutlich. Die heutige katastrophale Lage des Landes ist Resultat einer Entwicklung, die 1976 mit dem Militärputsch begann. Rücksichtslos wurde seither in all den Jahren, auch unter den Zivilregierungen nach 1983, die neoliberale Wirtschaftsideologie in die Tat umgesetzt. Die Staatsbetriebe wurden mit dem Argument privatisiert, dass die Gelder zur Schaffung von Arbeitsplätzen benötigt würden. Eine infame Lüge, wie die heutige Situation zeigt. Die Gelder sind verschwunden, in Millionenhöhe u.a. auf Schweizer Banken deponiert.[12] Auf eine ökonomisch aktive Bevölkerung von 13,6 Mio. Menschen gibt es nur noch 3,5 Mio Arbeitsplätze mit festen Anstellungsverträgen. Prekarisierte und informelle Arbeit sowie eine offizielle Arbeitslosenrate von 23 Prozent sind die Folge. 19 Millionen Menschen, die Hälfte der Bevölkerung, leben heute in Armut; 15 Millionen können sich das Lebensnotwendigste nicht mehr kaufen und 4 Millionen in extremer Armut müssen mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen. Ein Skandal in einem Land, das eigentlich

ein reiches Land ist, in dem der Neoliberalismus jedoch den Reichtum in den Händen einiger weniger konzentriert hat. Die Aussenverschuldung des Landes stieg von 7 Mia US-Dollar (1976) auf heute rund 140 Mia, obwohl das Land im gleichen Zeitraum einen Schuldendienst von 200 Mia US-Dollar geleistet hat. Dies zeigt, dass Argentinien durch IWF und Weltbank sowie die internationalen Finanzinstitute wesentlich in die Krise geführt wurde.[13]

José Samarago fasst in seinem eingangs erwähnten Text die aktuelle globale Situation in einem Bild zusammen: „Falls wir nicht rechtzeitig, das heisst sofort etwas unternehmen, wird die Katze der Globalisierung mit der Maus der Menschenrechte kurzen Prozess machen." Porto Alegre hat die Gewerkschaften mit der Frage nach *weltweiter* Gerechtigkeit konfrontiert. Sie sind herausgefordert, am neuen Internationalismus aktiv mitzuarbeiten.

Anmerkungen

1 José Samarago: Die Glocken der Gerechtigkeit. Le Monde diplomatique, März 2002, Berlin/Zürich. Der Text wurde auch an der Abschlussveranstaltung des WSF in Porto Alegre vorgelesen.

2 Vgl. hierzu auch W.Eberle/H.Schäppi: Politische Linke und neue Mitte. In: Widerspruch Heft 41; A.Rieger: Offensive Gewerkschaftspolitik; D.Gallin: Gewerkschaftsbewegung und neuer Internationalismus. In: Widerspruch Heft 40, 2000 Zürich

3 Beide Länder kämpfen mit schwerwiegenden Aids-Problemen. Um den Kranken den Zugang zu zahlbaren Medikamenten zu ermöglichen, produzierten oder importierten sie Generika. Die Pharmaindustrie klagte in beiden Fällen gegen die Regierungen, zogen ihre Klagen aber im Falle von Südafrika nach internationalen Protesten zurück. Der Fall Brasilien ist hängig.

4 Die entwicklungspolitische Organisation „Erklärung von Bern" und verschiedene Gewerkschaften sammeln zur Zeit Unterschriften für eine Petition an die Schweizer Regierung gegen den Ausverkauf des Service public. (Informationen und Unterschriftenbögen bei EvB, Postfach, 8031 Zürich oder www.evb.ch)

5 In Vietnam zum Beispiel monopolisieren drei Multis die gesamte Wasserversorgung. Im Frühjahr 2000 kam es in Cochabamba (Bolivien) zu heftigen Protesten gegen die Erhöhung der Wasserpreise durch die privaten Konzessionäre. „Rund 20 Prozent der städtischen Bevölkerung in Entwicklungsländern beziehen Wasser von Händlern und müssen dafür 10 bis 20 Prozent ihres Einkommens aufwenden. In der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince bezahlen Haushalte ohne Anschluss ans öffentliche Netz zwischen 8 und 25 Franken je 1'000 Liter. Zum Vergleich: In der Schweiz kostet die gleiche Menge rund 1 Franken 20." Zit. aus: Wasser, Süd-Magazin 10/2000, Bern. Siehe dazu auch: Alternatives Sud: L'eau, patrimoine commun de l'humanité, Vol. VIII (2001) 4, Centre Tricontinental, Louvain-la-Neuve; L'Harmatten, Paris.

6 Die Sozialklauseln sollen mindestens die sieben Kernarbeitsnormen der ILO beinhalten: Vereinigungsfreiheit, Recht auf Kollektivverhandlungen, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, keine Diskriminierung aufgrund Rasse oder Geschlecht, gleicher Lohn für gleiche Arbeit

7 Die US-amerikanische Organisation „Public Citizen" hat in der Untersuchung „NAFTA Chapter 11 Investor-to-State Cases: Bankrupting Democracy" die 15 bekannt gewordenen Klagen multinationaler Unternehmen gegen die USA, Kanada und Mexiko aufgelistet. Die Unternehmen klagten die drei Staaten für insgesamt 13 Milliarden US$ wegen Enteignungen an. (www.Publiccitizen.org/publications/release.cfm?ID=7076)

Die Erklärung von Bern und der SOLIFONDS werden hierzu Ende Mai ein Positionspapier veröffentlichen. Bezug: SOLIFONDS, Postfach, 8031 Zürich, (mail@solifonds.ch)

8 Vgl. den Artikel von Dot Keet in diesem Heft.

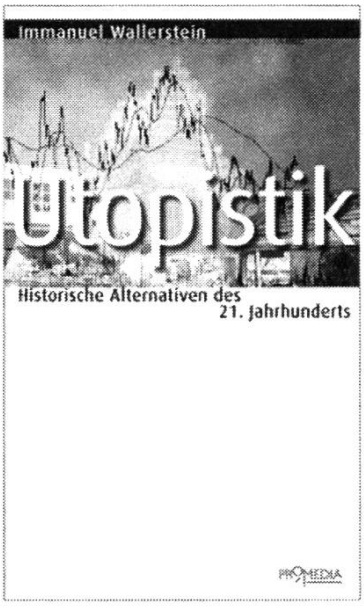
9 Zur argentinischen Krise vgl. u.a. die Artikel von P.Kalfon, D.Quattrochi-Woisson, M.Husson und E.Toussaint, in: Le Monde diplomatique, Februar 2002, Berlin/Zürich

10 Dazu ein Hinweis auf zwei aktuelle Publikationen: B.Cassen / S.George / H.E. Richter / J.Ziegler u.a, 2002: Eine andere Welt ist möglich! Attac: Die Globalisierung ist kein Schicksal, Hamburg. Sowie: M.Löwy / F.Betto / I.Wallerstein, u.a., 2002: Der Geist von Porto Alegre und die Strategie der Linken. Supplement, Sozialismus 3, Hamburg.

11 Dasselbe gilt auch für die politischen Parteien, allen voran die Linksparteien, mit Ausnahme der Rifondazione Comunista (PdRC) und andern.

12 Gemäss der Präsidentin der argentinischen Anti-Geldwäscherei-Kommission sind rund 150 Milliarden Dollar Fluchtgelder aus Argentinien geschafft worden. Eine wichtige Rolle spielte der Banco General de Negocios (BGN), zu deren Grossaktionären die Crédit Suisse gehörte. CS-Chef Lukas Mühlemann sass im BGN-Verwaltungsrat, bis gegen die Bank Ermittlungen wegen verschiedenster Delikte eröffnet wurden. (Siehe: „Jedem Dollar unserer Schuld entspricht ein entsprechendes Guthaben im Ausland" in: Bilanz, April 2002. Zürich.)
Charles-André Udry hat in seinem Artikel „L'Argentine et impérialisme suisse" die schweizerischen Beteiligungen und Investitionen in Argentinien detailliert aufgelistet. (www.alencontre.org/page/page/news/newsArg15.html)

13 Siehe Elmar Altvater: Auch Pleitegeier können leer ausgehen. Dollardämmerung über Argentinien. In: Freitag 3/2002, 11. Januar. Und Dieter Boris: Der Währungsfonds hat erhebliche Mitverantwortung am Desaster. Frankfurter Rundschau, 7.2.2002



Immanuel Wallerstein
UTOPISTIK
Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts
PROMEDIA
ISBN 3-85371-184-7, 128 S., 18,30 sFr., 9,90 Euro
Ein Plädoyer für eine post-kapitalistische Gesellschaft. Ein Buch, das einen gleichermaßen faszinierenden und provokanten Blick in unsere kollektive politische Zukunft wirft.

„Lucid, informed, and insightful."
The New York Times
zur amerikanischen Ausgabe

Gesamtkataloq anfordern bei:
Promedia Verlag, A-1080 Wien, Wickenburgg. 5/12
Fax: 0043/1/40571 5922. promedia@mediashop.at
homepage: www. mediashop.at